

Zeppelin Universität

# Darstellung von Grundeinkommensmodellen in deutschen Medien

Eine Untersuchung der Konzepte von Götz W. Werner und Dieter Althaus  
anhand einer kritischen Diskursanalyse

---

Stephanie Stegerer, M.A.

E-Mail: [stephanie.stegerer@web.de](mailto:stephanie.stegerer@web.de)

Dezember 2011

## **Abstract**

In der vorliegenden Arbeit wird mit Hilfe einer kritischen Diskursanalyse untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen der politischen Ausrichtung von deutschen Print- und Online-Medien und deren Berichterstattung über Grundeinkommensmodelle gibt. Dabei konzentriert sich die Untersuchung auf die Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens von Götz W. Werner und des Solidarischen Bürgergeldes von Dieter Althaus. Das Ergebnis der kritischen Diskursanalyse zeigt, dass kein Zusammenhang zwischen der politischen Ausrichtung und der Bewertung der Modelle erkennbar ist. Gleichzeitig wird aber deutlich, dass sich die einzelnen Medien unterschiedliche Themenschwerpunkte innerhalb der Grundeinkommensdebatte setzen, über die sie wiederholt berichten. Diese thematischen Schwerpunkte sind mit dem politischen Selbstverständnis der jeweiligen Medien vereinbar. In Hinblick auf die Auswahl der behandelten Themen kann daher von einem Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und der Medienberichterstattung ausgegangen werden.

## 1. Einleitung

„Nie wieder Hartz IV – [...] Unternehmer und Ökonomen, Rechte und Linke träumen von einem Grundeinkommen für alle [...]“, titelte „Zeitonline“ am 12. April 2007 (Rudzio, Zeitonline, 12.04.2007). Damit bezieht sich das Online-Medium auf die intensive Debatte, die über parteiliche Grenzen und gesellschaftliche Schichten hinweg über die Einführung eines Grundeinkommens geführt wird.

Die Idee, jedem Bürger<sup>1</sup> ein monatliches Grundeinkommen von staatlicher Seite zukommen zu lassen, zieht sich quer durch die Parlamentsreihen.<sup>2</sup> So entwickelte der CDU-Politiker Dieter Althaus das Modell des Solidarischen Bürgergeldes. Es bildete die Voraussetzung für die Gründung der *Kommission Solidarisches Bürgergeld* durch die Bundes-CDU, die sich in den Jahren 2007 bis 2010 intensiv mit der Thematik bedingungsloser Zahlungen beschäftigte (vgl. Althaus 2010, S. 7). Auch die FDP fordert seit 2005 ein *Liberales Bürgergeld* für Bedürftige (vgl. FDP – Die Liberalen; 56. Ord. Bundesparteitag der FDP), scheiterte jedoch 2009 an der Aufnahme dieses Konzepts in den Koalitionsvertrag<sup>3</sup>. Auch in den Reihen von Bündnis 90 / Die Grünen wurden Überlegungen zu einem bedingungslosen Grundeinkommen in die innerparteiliche Diskussion aufgenommen (vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2007). Besonders bemüht um ein Grundeinkommen ist auch die Partei DIE LINKE, welche seit der Gründung der *Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen* im Jahr 2007 die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen innerhalb und außerhalb der Partei anregen möchte (vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen).

Auch jenseits der politischen Sphären finden sich Initiativen für die Einführung eines Grundeinkommens. So setzt sich beispielsweise der Unternehmer Götz W. Werner seit 2005 durch die Gründung seiner Initiative *Unternimm-die-*

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Formulierung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beide Geschlechter.

<sup>2</sup> Nur die SPD beteiligt sich bisher nicht durch ein eigenes Grundeinkommensmodell an der Debatte.

<sup>3</sup> Im Koalitionsvertrag wird lediglich die Prüfung einer Zusammenfassung steuerfinanzierter Sozialleistungen und damit auch dem bedarfsorientierten Bürgergeld erwähnt (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, S. 83).

*Zukunft* für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Besonderes Aufsehen erregte zusätzlich eine Online-Petition der Privatperson Susanne Wiest. Die Petentin fordert ebenfalls die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Mit knapp 53 000 Unterzeichnern beriet der Petitionsausschuss Wiests Forderung in einer öffentlichen Anhörung (vgl. Deutscher Bundestag, Petitionen). Derzeit liegt die Petition in der parlamentarischen Prüfung (vgl. ebd.).

Hinsichtlich dieser Bandbreite an Modellen spielt die Medienberichterstattung eine tragende Rolle bezüglich der Darstellung und Aufklärung dieser Thematik für die Bevölkerung. Durch ihre Artikel, Darstellungen und den Fachleuten, die sie zu Wort kommen lassen, können sie die Debatte steuern und maßgeblich beeinflussen. Da jedes Medium in seinem Selbstverständnis eine bestimmte politische Orientierung verkörpert, ergeben Überlegungen, ob diese politische Ausrichtung einen Einfluss auf die Berichterstattung hat. Daher stellt sich die Frage, ob dies auch bei kontroversen Themen wie dem Grundeinkommen der Fall ist.

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Frage, ob sich die politische Ausrichtung von deutschen Print- und Online-Medien<sup>4</sup> auf deren Berichterstattung über Grundeinkommensmodelle auswirkt. Anhand der Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens von Werner und dem Solidarischen Bürgergeld von Althaus wird mit Hilfe einer kritischen Diskursanalyse untersucht, ob ein Einfluss der politischen Orientierung der Medien auf ihre Berichterstattung zu identifizieren ist. Die Konzentration auf diese beiden Konzepte ergibt sich zum einen aus der Vielzahl an Modellen. Zum anderen liegt das Forschungsinteresse in diesem Fall an der medialen Rezeption von Grundeinkommensmodellen, die bedingungslos ausbezahlt werden sollen. Werner und Althaus repräsentieren populäre Konzepte, die innerhalb der Diskussion direkt mit ihrer Person in Verbindung gebracht werden. Zusätzlich handelt es sich dabei einerseits um einen parteipolitischen und andererseits um einen zivilgesellschaftlichen Akteur. Diese Grundvoraussetzungen regen die Analyse an.

---

<sup>4</sup> Die Medienauswahl wird in Kapitel 3.1 näher erläutert.

Der Aufbau der Arbeit gliedert sich in vier Hauptteile. Zunächst wird der wissenschaftliche Grundeinkommensdiskurs untersucht. So werden die Grundeinkommensmodelle von Werner und Althaus mit Hilfe des wissenschaftlichen Diskurses in Form der wissenschaftlichen Literatur über die beiden Modelle erläutert. Daraus ergibt sich im Folgenden ein Kriterienkatalog derjenigen Argumente, welche als zentrale Punkte der wissenschaftlichen Diskussion der beiden Konzepte definiert werden können. Anschließend folgt die Analyse des medialen Grundeinkommensdiskurses. Diese wird mit einem Überblick über die Theorie der Diskursanalyse eingeleitet. Des Weiteren folgen Darstellung und Erläuterungen zur Auswahl der relevanten Medien und Artikel, um die Diskursanalyse ausführen zu können. Weiter werden die relevanten Akteure innerhalb der Diskursstruktur vorgestellt, um dann die Ergebnisse in Form der Positionen und Aussagen, eingeteilt in die relevantesten Kriterien der Diskursanalyse, zu präsentieren. Daran anschließend werden die sogenannten Nachrichtenfaktoren untersucht. Diese Nachrichtenfaktoren bestimmen, wann und ob eine Thematik einen Nachrichtenwert besitzt (vgl. Galtung und Ruge 1965, S. 65 ff.; Ruhrmann und Göbbel 2007, S. 5). Anhand dieser werden die Modelle untersucht und eingeordnet. Schließlich folgt die Darstellung der Ergebnisse. Abschließend werden diese in der Interpretation in den Gesamtkontext eingeordnet, um mit dem Fazit die vorliegende Arbeit zu beschließen.

## **2. Wissenschaftlicher Diskurs**

Durch das Studieren des wissenschaftlichen Diskurses bezüglich des bedingungslosen Grundeinkommens von Werner einerseits und des Solidarischen Bürgergeldes von Althaus andererseits ergeben sich Kriterien und Argumentationslinien, welche die Debatte in diesem Zusammenhang maßgeblich dominieren. An vorderster Stelle sind dabei die Kriterien der Umsetzung und Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens, ebenso wie die Thematik der Arbeitsanreize und der Auffassung des Menschenbildes bezüglich bedingungslosen Zahlungen. Der folgende Kriterienkatalog (Tabelle 1) dient als Basis für die Durchführung der Diskursanalyse und führt die Kriterien samt der jeweiligen Argumentationslinien auf:

<b>Kriterium</b>	<b>Argumentationslinien</b>
(1) Umsetzung	(1.1) Die Umsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens / Solidarischen Bürgergeldes ist realisierbar.
(2) Finanzierbarkeit	(2.1) Das sozialpolitische Modell von Werner / Althaus ist in sich finanzierbar.  (2.2) Eine Finanzierung durch eine Konsumsteuer / Einkommensteuer ist finanzierbar und gerecht.
(3) Arbeitsanreize	(3.1) Das Grundeinkommensmodell entkoppelt Existenzsicherung und Teilnahme am Arbeitsmarkt und stellt dadurch die freie Arbeitswahl jedes einzelnen Bürgers in den Vordergrund.  (3.2) Das Grundeinkommensmodell schafft Arbeits- und Leistungsanreize, sowie Beschäftigungseffekte, die das heutige Sozialsystem nicht bietet.
(4) Menschenbild	(4.1) Jeder Mensch strebt nach persönlicher Erfüllung durch Arbeit.  (4.2) Der Mensch ist nicht passiv. Die Schaffung eines Systems des gegenseitigen Vertrauens zwischen Bürger und Staat ist nötig.
(5) Vertreter	(5.1) Die CDU vertritt die Bemühungen um ein Solidarisches Bürgergeld.  (5.2) Werner vertritt die Bemühungen um ein bedingungsloses Grundeinkommen.
(6) Vollbeschäftigung	(6.1) Vollbeschäftigung ist ein Mythos, der nicht umzusetzen ist und die keine Einkommensgrundlage schafft.
(7) Systemwechsel	(7.1) Ein bedingungsloses Grundeinkommen / Solidarisches Bürgergeld erfordert einen Systemwechsel des Sozialstaates.  (7.2) Eine Vereinfachung / Umstrukturierung des Sozialsystems ist nötig.  (7.3) Ein Grundeinkommen ist sozial.
(8) Bedürftigkeit	(8.1) Die Bedingungslosigkeit der Zahlungen ohne Bedürftigkeitsprüfung ist die Grundidee des Grundeinkommens.
(9) Studien	(9.1) Die Überlegungen fundieren auf Studien, die diese bestätigen.

**Tabelle 1: Kriterienkatalog zum wissenschaftlichen Diskurs der Grundeinkommensmodelle von Werner und Althaus.**

### 3. Diskursanalyse

#### 3.1 Diskursforschung und Methode

Die Theorie zur Diskursforschung ist breit gefächert. Gerade durch das Fehlen einer „allgemein verbindliche[n] Methode“ (Keller et al. 2004, S. 8) verfügt die Literatur über zahlreiche Ansätze und Auffassungen bezüglich des Verständnisses der Diskursanalyse. Die für diese Arbeit relevanten Theorieansätze werden hier dargestellt.

Diskursanalysen sind im heutigen Verständnis meist als qualitative und interpretative Perspektiven anzusehen (vgl. Hitzler und Honer 1997, S. 23 f.).

Während der Begriff der Diskursanalyse im deutschsprachigen Raum oftmals im Sinne einer „qualitative[n] Sprachgebrauchsforschung“ (Keller 2007, S. 20) benutzt wird und somit in dieser Definition das Augenmerk auf der sprachwissenschaftlichen Komponente des Diskurses liegt, versteht man unter dem Allgemeinbegriff *discourse analysis (DA)* die „Analyse von ‚natürlichen‘ Kommunikationsprozessen in unterschiedlichen Kontexten“ (ebd.). So beschäftigten sich Fairclough und Wodak (1997) im Besonderen mit der kritischen Diskursanalyse (Critical Discourse Analysis). Deren Konzepte beinhalten Charakteristika der Diskursanalyse, unterscheiden sich jedoch dahingehend darin, dass sie eine „gesellschafts- (und nicht nur sprach-) theoretische Grundlegung“ (ebd., S. 258) widerspiegeln und damit eine „explizite gesellschaftskritische Intention“ (ebd.) verfolgen. Das Zentrum bilde der zu untersuchende Text, welcher die Grundlage für eine kritische Diskursanalyse darstelle (vgl. Keller 2007, S. 29). Denn

„[j]eder Text ist in eine diskursive Praxis der Textproduktion, -verarbeitung und -konsumtion eingebettet, und diese wiederum in eine soziale Praxis, einen Zusammenhang von Situation, institutionellem und gesellschaftlichem Kontext, für deren Analyse die Begriffe der Ideologie [...] bedeutsam sind. Als ideologisch gelten Diskurse dann und insofern, wie sie (aus Sicht der kritischen Maßstäbe der DiskursanalytikerInnen) etablierte soziale Macht- und Herrschaftsbeziehungen verstärken.“ (ebd., S. 29 f.)

Abschließend soll nun auf den speziell politischen Diskurs eingegangen werden. Dieser besagt

„the interactions of individuals, interest groups, social movements and institutions through which problematic situations are converted to policy problems, agendas



are set, decisions are made and actions are taken.“ (Donati 2006, S. 150, zit. nach Rein 1986, S. 1)

Donati spricht in diesem Zusammenhang von der Interaktion verschiedener Gruppen und Institutionen, die sich im politischen Diskurs äußern und somit Debatten zu den behandelten Themen verdichten und anregen. Außerdem sieht er eine Konstruktion der Realität durch den Diskurs (vgl. Donati 2006, S. 150). Seiner Auffassung nach fokussiert sich die Diskursanalyse auf den „Gebrauch und die Manipulation diskursiver Mittel“ (ebd.), wie diese aufeinander wirken und dementsprechend auch die Auffassung der Wirklichkeit beeinflussen.

Keller bezieht sich zur Anfertigung einer Diskursanalyse auf vier Hauptkomponenten. So wird zunächst der zu untersuchende Diskurs festgelegt, sei es nun thematisch, disziplinspezifisch oder akteurspezifisch. Im zweiten Punkt folgt die Fixierung der Fragestellung bezüglich des Diskurses. Weiter werden Untersuchungsgrößen in Hinblick auf die diskurstheoretische Konzeption gebildet<sup>5</sup> Im vierten und letzten Bereich folgt die Auswahl des Verfahrens innerhalb der Analyse und die Auswahl der empirischen Grundlage, also des Untersuchungsmaterials (vgl. Keller 1997, S. 326). Um die Analyse konkret umsetzen zu können beruft sich Flick außerdem auf die Anfertigung von Kategorien<sup>6</sup>, die meist im theoretischen Kontext identifiziert werden (vgl. Flick 2009, S. 409). Abschließend erfolgt eine inhaltsanalytische Codierung der zu untersuchenden Medien beziehungsweise der Artikel (vgl. Keller 1997, S. 325).

Allgemein gefasst, verfügt die praktische Umsetzung der Diskursforschung aber über vielseitige Ausprägungen und kann dementsprechend vielfältig umgesetzt werden (vgl. Keller et al. 2004, S. 8 f.). Eine allgemeingültige Vorgabe zur Durchführung einer Diskursanalyse existiert demnach nicht.

In der vorliegenden Arbeit liegt der Fokus auf einer kritischen Diskursanalyse. Dabei wird eine qualitative inhaltliche Analyse der wissenschaftlichen und medialen Grundeinkommensdebatte über die Konzepte von Werner und Althaus mit Hilfe des ausgearbeiteten Kriterienkataloges angefertigt. Es gilt zu untersu-

---

<sup>5</sup> Im vorliegenden Fall entspricht dies dem Kriterienkatalog.

<sup>6</sup> Entsprechend Kellers Untersuchungsgrößen.

chen, ob die Kriterien des wissenschaftlichen Diskurses im medialen Raum innerhalb der vorab ausgewählten Medien adressiert werden, ob diese eine Wertung mit einschließen und welche Personen die mediale Debatte prägen. Letztendlich wird analysiert, ob die politische Ausrichtung der ausgewählten Medien einen Einfluss auf die Berichterstattung über die beiden erwähnten Grundeinkommensmodelle hat. Die Analyse wird in Anlehnung an Flick und Keller (vgl. Keller 1997, S. 325 ff.; Flick 2009, S. 409 ff.) angefertigt. Mit Hilfe einer Codierung<sup>7</sup> entsprechend des genannten Kriterienkataloges wird für relevante Aussagen eine Einordnung der Berichterstattung von 0 bis 5<sup>8</sup> getroffen. Die Bewertungseinheiten werden in Tabelle 2 erläutert.

0	1	2	4	5
Wertfrei	Unterstützend	Eher unterstützend	Eher kritisch	Kritisch

**Tabelle 2: Bewertungseinheiten für Codierung**

Die Einteilung erfolgte durch die persönliche Einschätzung der Verfasserin dieser Arbeit, die durch ihren politik- und verwaltungswissenschaftlichen Hintergrund geprägt ist. Als zustimmende beziehungsweise kritische Berichterstattung wurden Aussagen bezeichnet, welche Argumente des Kriterienkataloges positiv untermauerten beziehungsweise diese kritisierten. Als wertfrei werden Positionen identifiziert, wenn sie sich zu einem Argument des Kriterienkataloges weder positiv noch negativ äußern.

### 3.2 Medienauswahl

Um einen möglichst breiten Aufriss politischer Spektren für die Analyse zu erreichen, wurden fünf Einheiten definiert, denen jeweils entsprechende überregionale Medien untergeordnet wurden. Dabei fokussiert sich die getroffene Auswahl maßgeblich auf überregionale Tageszeitungen, um einen deutschlandweiten Überblick über die Debatte zu erhalten. Die Auswahl der entsprechenden Medien ergibt sich aufgrund ihrer ausgeprägten Datenbanken.

<sup>7</sup> Die detaillierte Codierung kann auf Nachfrage beim Autor gerne eingesehen werden.

<sup>8</sup> Ohne die Bewertungseinheit 3, welche in diesem Zusammenhang keine Funktion innehat. Denn Wertfreiheit wurde mit der Ziffer 0 bewertet.

In Einzelfällen wurde auf die entsprechenden Online-Formate zurückgegriffen. So zählt als Vertreter des konservativen Spektrums die Tageszeitung „Die Welt“<sup>9</sup>. Als konservativ-liberal wird in diesem Rahmen die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)<sup>10</sup> verwendet. Die Online-Portale von „Die Zeit“<sup>11</sup>, sowie „Spiegel Online“<sup>12</sup>, der „führende[n] Nachrichten-Site im deutschsprachigen Internet“ (vgl. Spiegel Gruppe, SPIEGEL ONLINE – im Web zu Hause) , bilden den links-liberalen Flügel dieser Diskursanalyse. Das linke Spektrum wird von der „Taz. Die Tageszeitung“ (Taz) abgedeckt.<sup>13</sup> Aufgrund der außergewöhnlich hohen Reichweite von Boulevardmedien, wurde deren Bedeutung für die vorliegende Analyse erkannt. Daher enthält die Analyse mit „Bild.de“<sup>14</sup> die Onlineversion von „Deutschlands größtem News- und Entertainment-Portal“ (Bild.de, BILD.de: Mehr Web geht nicht!). Tabelle 3 zeigt eine Übersicht der definierten medialen Einheiten zusammen mit den untergeordneten überregionalen Medien.

---

<sup>9</sup> „DIE WELT ist die nationale Qualitätszeitung für traditionelle Eliten, die sich Herausforderungen stellen.“ (Die Welt, Redaktionelles Konzept) Ihre Druckauflage beläuft sich auf 345 958 Exemplare (vgl. Informationsgemeinschaft zur Feststellung und Verbreitung von Werbeträgern (IVW), Die Welt Gesamt (Die Welt + Welt Kompakt), Montag-Freitag).

<sup>10</sup> „Die ‚FAZ‘ wird überwiegend als konservativ-liberal, liberal-konservativ bezeichnet. Gegen diese Bezeichnung ist nichts einzuwenden. Dabei wird es bleiben.“ - Werner D'Inka, Mitherausgeber der FAZ. (Deuse 2007). Sie besitzt eine Druckauflage von 454 264 Exemplaren (vgl. IVW, FAZ, Montag bis Freitag).

<sup>11</sup> „1955 wurde Marion Dönhoff Leiterin des Politik-Ressorts, später Chefredakteurin und Herausgeberin. Sie machte DIE ZEIT schon zu Beginn ihres Engagements zu einem unabhängigen, liberalen, oft „zwischen allen Stühlen“ (Dönhoff) sitzenden Blatt.“ (Zeitonline, Die Zeit, Die ersten Jahre). Sie besitzt eine Reichweite von 3,79 Millionen Unique User (der einzelne Nutzer von Internet-Websites) (vgl. Arbeitsgemeinschaft Online Forschung (AGOF), 08/2011).

<sup>12</sup> „Spiegel Online“ verfügt über eine Reichweite von 9,89 Millionen Unique User (vgl. AGOF, 08/2011).

<sup>13</sup> „Taz engagiert sich für soziale Gerechtigkeit, bedarf zur Finanzierung dieses Engagements aber auch der Genossenschaft.“ (Tageszeitung, Wir über uns. taz über die Tageszeitung). Sie besitzt eine Druckauflage von 73 920 Exemplaren (vgl. IVW, die tageszeitung gesamt, Montag bis Freitag).

<sup>14</sup> „Bild.de“ zeigt eine Reichweite von 11,74 Millionen Unique User (vgl. AGOF, 08/11).

Konservativ	Konservativ-liberal	Links-liberal (Mitte)	Links	Boulevard
Die Welt	Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)	Zeitonline Spiegel Online (SPON)	Taz	Bild.de

**Tabelle 3: Medienspektren in Deutschland und ausgewählte Medien**

Die Motivation zur Verwendung der Online-Formate von „Die Zeit“ und „Bild“ liegt darin, dass auf den gängigen Datenbanken nicht ausreichend beziehungsweise kein relevantes Material zur Verwendung für die Analyse zu finden war. Dies mag urheber- oder lizenzrechtliche Gründe haben. In Folge dessen fokussiert sich die Datenauswahl der beiden genannten Medien auf deren Online-Portale.

„Spiegel Online“ wurde einerseits wegen seiner hohen Relevanz im Nachrichtbereich in die Analyse miteinbezogen, andererseits aufgrund seines hohen Einflusses auf Journalisten der Printmedien. Als „unangefochtenes Leitmedium im Netz“ (Range und Schweins 2007, S. 40) und der dominanten Stellung des Internets als „Nachrichtenerlieferant Nummer eins“ (ebd. S. 27) – gerade bezüglich seiner Schnelligkeit – wird die Bedeutung von „Spiegel Online“ für die vorliegende Diskursanalyse deutlich.

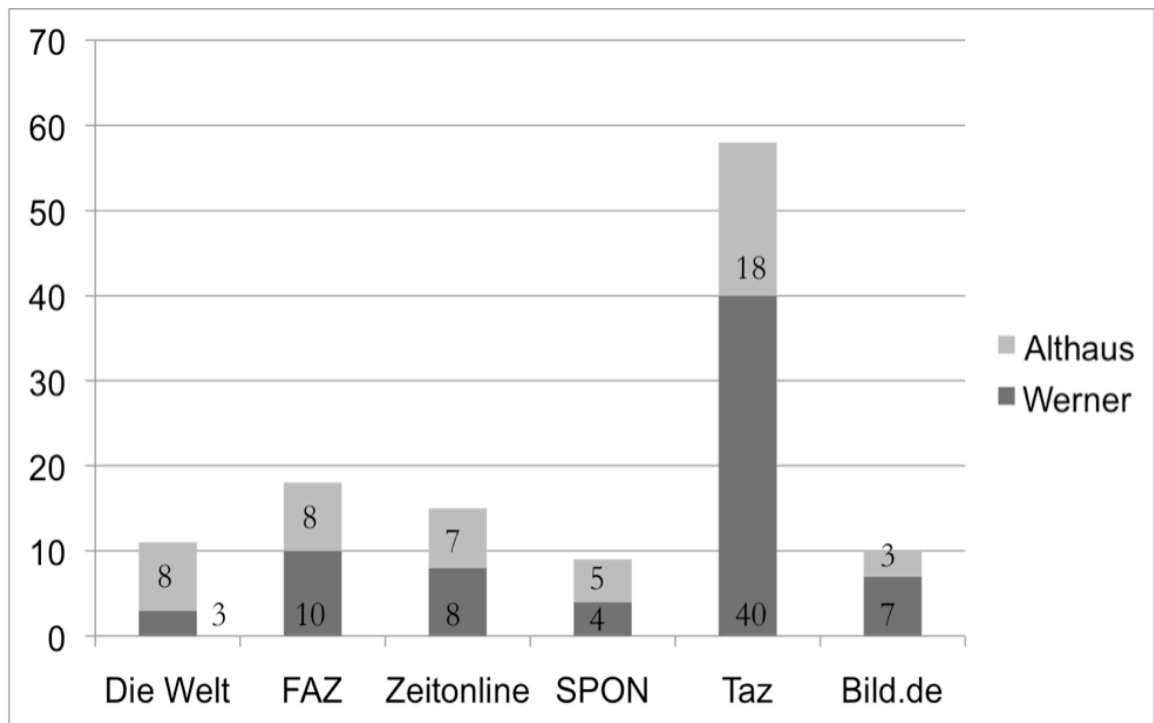
Um analyserelevante Artikel zu erhalten, wurde zunächst eine Medienrecherche bezüglich der zu untersuchenden Medien eingeleitet. Dabei konzentrierte sich die Stichwortsuche in den Datenbanken LexisNexis Wirtschaft<sup>15</sup> und FAZ-Business Archiv<sup>16</sup> auf die Stichwortsuche „Götz Werner UND bedingungsloses Grundeinkommen“ beziehungsweise „Dieter Althaus UND solidarisches Bürgergeld“. Der Untersuchungszeitraum umfasst den Zeitraum November 2005 – als Werner seine Initiative *Unternimm-die-Zukunft* präsentierte – bis Oktober 2011. Althaus fordert seit Juli 2006 ein Solidarisches Bürgergeld. Für die Recherche auf „Bild.de“ wurde nach den Stichworten „Grundeinkommen“ bezie-

<sup>15</sup> Bietet unter anderem umfangreiche deutschsprachige und internationale Presseerzeugnisse (vgl. LexisNexis Wirtschaft).

<sup>16</sup> Enthält sämtliche Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung seit dem Jahr 1993 (vgl. BiblioNet-Suche ab 1993).

hungsweise „Bürgergeld“ gesucht, da die Stichwortsuche bestehend aus der Kombination des Namens des Ideengebers und seines Modells jeweils keine Suchergebnisse aufwies.

So ergab die Recherche nach den genannten Stichworten eine Anzahl von insgesamt 90 Artikeln, in denen 49 Nennungen zu Althaus und 72 zu Werner identifiziert werden konnten. Auffällig ist dabei die überproportionale Berichterstattung der „Taz“ über die beiden Grundeinkommensmodelle – mit insgesamt 41 Artikeln – im Gegensatz zu konservativeren Medien, wie „Die Welt“ mit lediglich 11 Artikeln (siehe Abbildung 1).



**Abbildung 1: Ergebnisse der Medienrecherche entsprechend der Nennungen zu Werner und Althaus**

Um eine Auswahl an analyserelevanten Artikeln zu erhalten, wurden aus der Vielfalt an Artikeln insgesamt 26 Titel identifiziert. Die entsprechenden Auswahlkriterien beinhalteten, dass sich die Berichte mit mindestens einem der beiden Grundeinkommensmodelle intensiv beschäftigen und gleichzeitig eine minimale Länge von 400 Wörtern erfüllen. Damit soll eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik gewährleistet sein. Im Falle von „Bild.de“, welches durch die Kürze seiner Beiträge geprägt ist, wurde auf das Kriterium der Artikelgröße verzichtet, um die Aufnahme eines Boulevardmediums in die Analyse zu

gewährleisten. So ergibt sich aus der Anzahl der relevanten Artikel folgender Datensatz, der in Tabelle 4 dargestellt ist.

Die Welt	FAZ	Zeitonline SPON	Taz	Bild.de
2	4	3	9	4
		4		

**Tabelle 4: Datensatz für Diskursanalyse**

Die hohe Anzahl an „Taz“-Artikeln für die Analyse wird mit ihrer überproportional hohen Berichterstattung zum Thema erklärt.

Die Umsetzung der Diskursanalyse erfolgt nach der entsprechenden Überprüfung jedes Artikels nach relevanten Aussagen bezüglich des Kriterienkataloges (siehe Anhang, Tabelle 7). Sowohl die Bewertung der Positionen, als auch die Zuordnung der Akteure, ermöglicht einen genauen Überblick über den Diskurs.

### 3.3 Akteursüberblick

Bevor die tatsächlichen Positionen innerhalb der Diskursstruktur aufgearbeitet werden, sollen in diesem Abschnitt die relevanten Akteure, die sich innerhalb der Analyse äußern bezüglich ihrer Person und Stellung dargestellt werden.

Diese Akteure können in drei Gruppen eingeteilt werden: Politiker, Wissenschaftler und zivilgesellschaftliche Akteure. Werner und Althaus sollen dabei unter eine separate Betrachtungsweise fallen, da diese häufig in den ausgewählten Artikeln zitiert werden beziehungsweise diese teilweise selbst verfasst haben.

Der Kreis der Politiker ist in diesem Kontext durch alle Parteien des deutschen Parlaments vertreten, mit Ausnahme der FDP. Im Vorfeld der Medienanalyse wurde deutlich, dass sich diese medial maßgeblich zu ihrem eigenen entwickelten Bürgergeld-Modell äußert, jedoch nicht zu den Konzepten von Werner und Althaus.

Die CDU wird in folgender Analyse von Friedbert Pflüger, damaliger CDU-Fraktionschef des Berliner Abgeordnetenhauses, MdEP<sup>17</sup> Elmar Brock, Dirk Reitze, Landesgeschäftsführer der Berlin CDU, Norbert Röttgen, damals Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie Frank Henkel, dem damaligen Generalsekretär der Berlin CDU, repräsentiert. MdB<sup>18</sup> Carsten Schneider, Sprecher der SPD-Landesgruppe Thüringen, vertritt den Flügel der SPD. MdB Wolfgang Strengmann-Kuhn<sup>19</sup> nimmt häufig in den ausgewählten Medien an der Debatte teil und ist Mitglied der Partei Bündnis 90/Die Grünen. DIE LINKE wird durch MdB Michael Schlecht, MdB Axel Troost und Stefan Wolf, dem Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen von DIE LINKE, repräsentiert.

Auch eine Reihe an Wissenschaftlern meldet sich in den ausgewählten Artikeln zu Wort. Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) , Gert Wagner, der Vorsitzende des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und Michael Opielka, Professor für Sozialpolitik an der Universität Jena. Benediktus Hardorp, der als Berater für Werner fungiert, ist selbst innerhalb der anthroposophischen Sozialwissenschaften ein anerkannter Steuerexperte (Vgl. Opielka; Strengmann-Kuhn 2007, S. 127).

Auch Sprecher zivilgesellschaftlicher Gruppierungen treten in analyse-relevanten Artikeln in Erscheinung: Günther Henke, Fallmanager einer Hartz IV-Behörde, Joachim Specht von der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Berlin und Christian Fuchs von der Inhaltsgruppe Grundeinkommen von *Attac* und dem österreichischen *Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt* (vgl. Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt).

Die kurze Darstellung relevanter Akteure zeigt, dass Zitate oder Erwähnungen von politischen Sprechern im Diskurs insgesamt dominieren.

---

<sup>17</sup> Mitglied des Europäischen Parlaments.

<sup>18</sup> Mitglied des Deutschen Bundestages.

<sup>19</sup> Damaliger Professor für Labour Economics an der Universität Frankfurt/Main.

### 3.4 Ergebnisse der medialen Diskursstruktur<sup>20</sup>

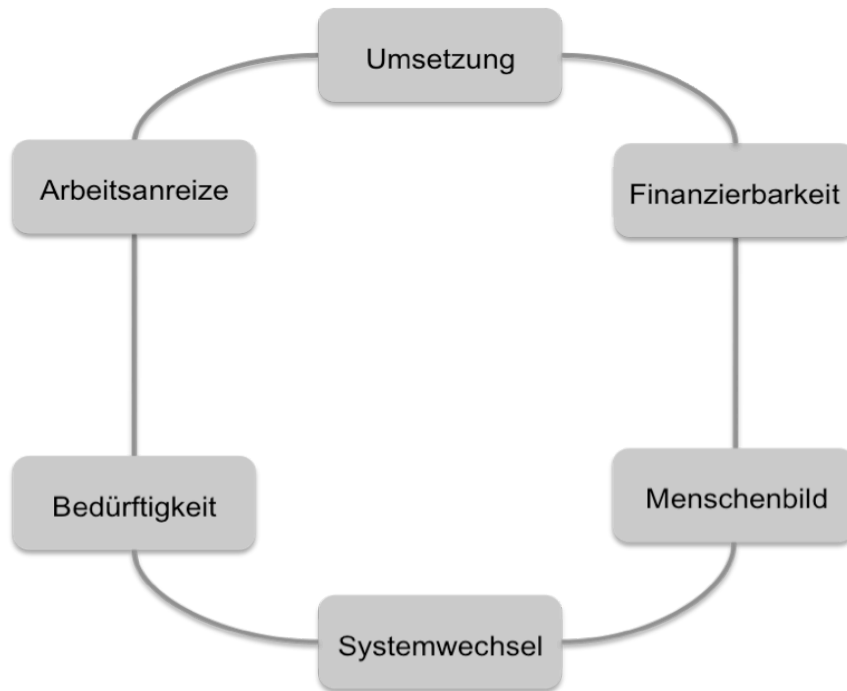
Werden die Artikel zusammenfassend betrachtet, so ergeben sich sechs Hauptkriterien, die am häufigsten Gegenstand des Diskurses der angeführten Medien sind, wobei hierbei manche aus thematischer Übereinstimmung zusammengefasst wurden. Die Hauptkriterien finden sich in Abbildung 2 wieder.

- (1) Die Umsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens / Solidarischen Bürgergeldes ist realisierbar.
- (2) Das sozialpolitische Modell von Werner / Althaus ist finanzierbar.
- (3) Das Grundeinkommensmodell schafft Arbeits- und Leistungsanreize, sowie Beschäftigungseffekte, die das heutige Sozialsystem nicht bietet.
- (4) Jeder Mensch strebt nach persönlicher Erfüllung durch Arbeit. Der Mensch ist nicht passiv. Die Schaffung eines Systems des gegenseitigen Vertrauens zwischen Bürger und Staat ist nötig.
- (5) Ein Solidarisches Bürgergeld / bedingungsloses Grundeinkommen erfordert einen Systemwechsel des Sozialstaates. Eine Vereinfachung / Umstrukturierung des Sozialsystems ist nötig.
- (6) Eine Bedürftigkeitsprüfung der Betroffenen ist nötig, da ein Grundeinkommen sonst ungerecht ist.

---

<sup>20</sup> Die detaillierten Ergebnisse der Diskursstruktur können auf Nachfrage beim Autor gerne eingesehen werden.





**Abbildung 2: Hauptkriterien der medialen Grundeinkommensdebatte**

### 3.5 Wertigkeit von Nachrichten

Die Frage wodurch sich ein Thema zu einer berichtenswerten Nachricht entwickelt steht im Zentrum dieses Kapitels. In Hinblick auf die Grundeinkommensdebatte und die durchgeführte Diskursanalyse werden die Gründe zur Berichterstattung der Modelle von Werner und Althaus identifiziert.

Warum in manchen Fällen besonderer Fokus auf der Auswahl bestimmter Themen in der Berichterstattung liegt, hänge von Bedingungen, also den Vorgaben, Normen und Regeln des Mediums ab (Weischenberg 2001, S. 25). Es gibt zahlreiche Ansätze, nach denen eine Art Richtlinie für Faktoren ausgearbeitet wurde, um den Nachrichtenwert einer Situation oder Thematik festzustellen. Allen voran entwickelten Johan Galtung und Mari Holmboe Ruge in ihrem nachwirkenden Artikel „The Structure of Foreign News“ (Galtung und Ruge 1965) zwölf Kriterien, welche ihrer Ansicht nach eine Nachricht berichtenswert machen. Diese umfassen unter anderem die Eindeutigkeit und Bedeutsamkeit einer Nachricht, sowie die Variation – also die Abwechslung von interessanten Inhalten – ebenso wie die Bedeutung eines Schwellenfaktors, d.h. die Außergewöhnlichkeit eines Vorkommnisses (vgl. ebd., S. 66 ff.). Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf fünf Faktoren: Bedeutsamkeit, Konsonanz, Kontinuität,

Negativität und der Bezug zu Elite-Personen/Personalisierung (vgl. Galtung und Ruge 1965, S. 65 ff.; Ruhrmann und Göbbel 2007, S. 5). Der Faktor der Bedeutsamkeit beschreibt die Relevanz und die eigentliche Wichtigkeit des jeweiligen Themas für die adressierte Leserschaft (vgl. Galtung und Ruge 1965, S. 66). Im Gegensatz dazu versteht sich Konsonanz noch mehr als Bedeutsamkeit, die verfügbare Nachricht auf die weltanschauliche Auffassung des Lesers zu überprüfen und garantiert somit positiv, d.h. mit großem Interesse, aufgenommen zu werden (vgl. ebd., S. 67). Andererseits weisen Themen, die eine gewisse Kontinuität in die Berichterstattung einbringen und aufeinander aufbauen ebenfalls eine positive Resonanz der Leserschaft auf (vgl. ebd.). Unter dem Faktor der Negativität versteht man besonders kontrovers diskutierte Themen, die mit Hilfe einer objektiven und ausgewogenen Berichterstattung das Interesse des Lesers wecken (vgl. ebd., S. 69 f.). Personen, die im Interesse der Öffentlichkeit stehen bieten eine Plattform der generellen Identifikation für die Verbreitung von Themen. So erfolgt eine Assoziation mit der Person, welche im Zusammenhang mit dem zu berichtenden Thema steht wodurch das Leserinteresse geweckt wird. Somit haben Berichte, die mit einer Person des öffentlichen Interesses in Verbindung gebracht werden, tendenziell eine größere Chance veröffentlicht zu werden, auch wenn die Thematik an sich nicht höchste Priorität genießt (vgl. Galtung und Ruge 1965, S. 68 f.).

Walther von La Roche entwickelte eigene Nachrichtenfaktoren, welche in der Ausgestaltung denen von Galtung und Ruge ähneln. Dabei nennt er besonders den Faktor Prominenz als ein Element, das dazu anrege, überhaupt Informationen aufnehmen zu wollen (vgl. La Roche 2006, S. 81). Eine Studie aus dem Jahr 2007<sup>21</sup> bestätigt die Bedeutsamkeit des Faktors Prominenz in Bezug auf Berichterstattung. Laut dieser Untersuchung, in der 43 Journalisten in leitenden Positionen nach den wichtigsten Nachrichtenfaktoren gefragt wurden, wurde der Faktor Prominenz auf Platz 7 von insgesamt 21 Faktoren angegeben (vgl. Ruhrmann und Göbbel 2007, S. 41). Überdies wurde in diesem Zusammenhang festgehalten, dass dieser Faktor in den vergangenen Jahren deutlich an Gewicht gewonnen hat (vgl. ebd., S. 43).

---

<sup>21</sup> Die Studie wurde mit Hilfe der Universität Jena im Jahr 2007 erstellt (vgl. Ruhrmann und Göbbel 2007, S. 41 ff.).

Auf die Grundeinkommensdebatte und die analysierten Modelle von Werner und Althaus können die erwähnten relevanten Faktoren übertragen werden. Denn die Bedeutsamkeit der Grundeinkommensthematik steigt besonders in Zeiten steigender Armuts- und Arbeitslosigkeitsraten und wird somit nicht obsolet. So wird kontinuierlich über Grundeinkommensthemen berichtet, weil sie zum einen nicht an Brisanz verlieren und zum anderen die Forschung daran nicht abbricht. Dadurch ergeben sich stetig Neuerungen für die Berichterstattung, sei es aufgrund aktueller Studien, Untersuchungen oder Literatur. Besonders der Konsonanz-Faktor wird in Kapitel 3 dieser Arbeit noch näher betrachtet werden. Als die beiden bedeutendsten Nachrichtenfaktoren werden jedoch Prominenz<sup>22</sup>/Personalisierung und Negativität angesehen. Durch die unmittelbare Assoziation der Grundeinkommenskonzepte mit dem Unternehmer Werner oder dem Ministerpräsidenten ehemaligen Althaus genießen diese beiden Modelle besondere Aufmerksamkeit innerhalb der medialen Grundeinkommensdebatte. Gerade durch ihre Forderungen zur Umstrukturierung des Sozialstaates wird die Thematik besonders kontrovers in allen politischen Lagern diskutiert. Aber auch die Finanzierungsfrage eines Grundeinkommens und ihre Auffassungen zum Menschenbild polarisiert die Gesellschaft und bietet daher eine Plattform für Berichterstattung

---

<sup>22</sup> Wahlweise auch Elite-Personen.

## 4. Ergebnisse

Durch die Beleuchtung der Diskursstruktur innerhalb der Kriterieneinteilung, zeichneten sich einige Tendenzen innerhalb der Berichterstattung ab, die im Folgenden in den Ergebnissen näher erläutert werden sollen.

### 4.1 Art der Berichterstattung

Zunächst werden Auffälligkeiten bezüglich der Art der Berichterstattung der beiden Grundeinkommensmodelle deutlich. Um diese bestmöglich identifizieren zu können, werden die Konzepte vorerst getrennt voneinander betrachtet.

#### 4.1.1 Berichterstattung einzelner Medien

Die Berichterstattung zum Althaus-Modell ist tendenziell eher durch kritische Artikel der „FAZ“ und der „Taz“ und vielmehr durch eher unterstützende Argumente von „Die Welt“ und „Bild.de“ gekennzeichnet.

Die Kritik der „FAZ“ konzentriert sich dabei besonders auf die Finanzierbarkeit des Althaus-Modells. Dabei stützen sich die Journalisten vor allem auf Untersuchungen des Sachverständigenrates und des IZA. Insgesamt werden finanzielle Mehrbelastungen in verschiedenen Milliardenhöhen erwähnt. So würde das Modell „gut 770 Milliarden Euro im Jahr verschlingen“ (Krohn, FAZ, 12.06.2009) oder nach dem zitierten Sachverständigenrat zu einer Finanzierungslücke von 227 bis 246 Milliarden Euro im Jahr führen (vgl. Lehnartz, FAZ, 02.12.2007). Auch wird von Mehrbelastungen in Höhe von 165 Milliarden Euro gesprochen (vgl. Göbel, FAZ, 15.11.2006).

Die „Taz“ stützt sich bei ihrer Kritik besonders auf die Thematik der Arbeitsanreize. So werden einerseits kritische Stimmen durch den CDU-Politiker Brock deutlich, welcher die Frage aufwirft, wie sich ein Bürgergeld auf die Leistungsbereitschaft der Bürger auswirke (vgl. Koch, Taz, 25.10.2006). Andererseits äußern sich zivilgesellschaftliche Akteure in Form des Christlichen Gewerkschaftsbundes, der das Bürgergeld als „eine Katastrophe für unsere Gesellschaft“ (Lang-Lendorff, taz, 26.11.2007) bezeichnet oder der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, welche sich um einen Anstieg von Personen sorgt, die es sich in der „sozialen Hängematte bequem machen“ (ebd.).

„Die Welt“ unterstützt das Althaus-Modell in gerade diesem Kriterium der Arbeitsanreize. So ist Straubhaar in diesem Zusammenhang davon überzeugt, dass sehr viele Deutsche trotz eines Bürgergeldes arbeiten gehen und sich nicht aus dem Arbeitsleben zurückziehen würden (vgl. Straubhaar, Die Welt, 10.03.2010). Überdies bestimme jeder Bürger sein Renteneintrittsalter durch ein Grundeinkommen selbst, was Arbeitsanreize erhöhe (vgl. Schulz, Die Welt, 03.11.2007). Das Online-Format „Bild.de“ übt sich hauptsächlich in wertfreier Berichterstattung mit Fokus auf das Althaus-Modell (vgl. Martin, Bild.de, 27.03.2007; Jäckel, Bild.de, 11.11.2010). So gibt es keinerlei Tendenzen einer kritischen Berichterstattung, jedoch vereinzelte befürwortende Argumente im Bereich Systemwechsel. Dies wird durch eine Lesermeinung unterstützt, die sich in diesem Zusammenhang auf den Bürokratieabbau fokussiert, mit Hilfe dessen ein Bürgergeld finanzierbar wäre (vgl. Eck, Bild.de, 03.05.2008). Gleichzeitig wird die Einsparung von Verwaltungskosten in Milliardenhöhe mit Hilfe der Abschaffung jeglicher Sozialleistungen im Falle eines Grundeinkommens betont (vgl. Martin, Bild.de, 27.03.2007).

Bei näherer Betrachtung des Werner-Modells wird sichtbar, dass die „FAZ“ eher kritisch über das bedingungslose Grundeinkommen im Bereich Menschenbild berichtet, „Spiegel Online“ über dasselbe Kriterium jedoch eher positiv und unterstützend Bericht erstattet. So bezeichnet die „FAZ“ die Auffassung Werners zum Menschenbild als schief und einseitig optimistisch, wie es in vielen Utopien der Fall sei (vgl. Plickert, FAZ, 01.11.2010). Ebenso erhöhe sich die Anzahl derjenigen Bürger, die im Falle eines Grundeinkommens passiv würden und sich nicht mehr am erwerbstätigen Leben beteiligten (vgl. Lehnartz, FAZ 02.12.2007). Zusätzlich hätte ein Grundeinkommen fatale Folgen im Hinblick auf die Motivation, eigene Fähigkeiten zu nutzen und würde den Arbeitsbegriff insofern verzerren, als dass Arbeit etwas sei, das man je nach Laune betreibe oder nicht (vgl. Göbel, FAZ, 15.11.2006).

In eher unterstützender Berichterstattung übt sich „Spiegel Online“ bezüglich der Menschenbildauffassung von Werner innerhalb seines bedingungslosen Grundeinkommens. Dabei stützt sich das Online-Format besonders auf Aussagen von Werner selbst: „Wenn die Menschen ein Grundeinkommen hätten,

würden sie arbeiten, weil sie wollen. Nicht, weil sie müssen“ (Amann, Spiegel Online, 15.06.2008). Überdies wird Werner bezüglich der steigenden Freiheit jedes Einzelnen, auch hinsichtlich der Arbeitsplatzwahl, im Falle eines Grundeinkommens zitiert (vgl. ebd.). Durch diese Freiheit besäßen Bürger das Bedürfnis in sich, tätig zu werden, um ein Bewusstsein der Anerkennung zu schaffen (vgl. Kröger, Spiegel Online, 30.11.2005). Hardorp greift diese These durch seine Annahme auf, dass ein Grundeinkommen Menschen dazu veranlasse, persönliche Verwirklichung in ihrer Arbeit zu sehen anstelle einer bloßen Existenzsicherung (vgl. ebd.). Tabelle 5 gibt eine Übersicht über die Berichterstattung der jeweiligen Modelle.

Althaus		Werner	
+	-	+	-
Die Welt <i>Arbeitsanreize</i>	FAZ <i>Finanzierbarkeit</i>	SPON <i>Menschenbild</i>	FAZ <i>Menschenbild</i>
Bild.de <i>Systemwechsel</i>	Taz <i>Arbeitsanreize</i>		

**Tabelle 5: Haupttendenzen in der Art der Berichterstattung über die Modelle von Althaus und Werner**

Wenn man die Akteure betrachtet, welche durch ihre Äußerungen die Bewertung der Berichterstattung von Medien in diesem Rahmen beeinflussen, dann wird deutlich, dass es sich dabei hauptsächlich um Journalisten handelt. Weiter kommen die Ideengeber Werner und Althaus zu Wort, ebenso wie Kritiker und Befürworter der Konzepte in Gestalt von dem CDU-Politiker Brock und christlich zivilgesellschaftlichen Gruppen. Überdies tragen der Wissenschaftler Straubhaar und der Befürworter des Werner-Modells Hardorp zur Bewertung bei.

Betrachtet man innerhalb der Medien die thematische Bewertung<sup>23</sup>, so ist bezeichnend, dass sowohl die „FAZ“, als auch „Zeitonline“ und die „Taz“ besonders kritisch mit dem Thema Finanzierbarkeit umgehen. „Spiegel Online“ berichtet dagegen überwiegend unterstützend bezüglich der Auffassung des Menschenbildes.

<sup>23</sup> Die nachfolgenden Aussagen beziehen sich auf Tabelle 9 im Anhang.

#### 4.1.2 Berichterstattung aller Medien

Die Untersuchung beider Modelle in allen Medien ergibt, dass die kritische Berichterstattung minimal dominiert, welche jedoch zu vernachlässigen ist. Somit wird der Berichterstattung über das Werner- und Althaus-Modell in diesem Rahmen Wertfreiheit bestätigt. Überdies lassen sich Tendenzen in der Berichterstattung erkennen. So kann folgende Einteilung vorgenommen werden: „FAZ“ und „Taz“ berichten eher kritisch, „Die Welt“ und „Spiegel Online“ eher unterstützend und „Zeitonline“ und „Bild.de“ sind durch ihre eher wertfreien Artikel gekennzeichnet.

Abschließend soll erwähnt werden, dass Althaus und sein Konzept des Solidarischen Bürgergeldes innerhalb der ausgewählten Medien häufiger Mittelpunkt der Diskussion sind als Werner mit seinem bedingungslosen Grundeinkommen. Dementsprechend überwiegen kritische Äußerungen zum Werner-Modell. Bei dem Modell von Althaus hingegen dominieren minimal unterstützende und wertfreie Positionen.

#### 4.2 Themenschwerpunkte

Nachdem die Darstellung der Grundeinkommensmodelle anhand der Art der Berichterstattung untersucht worden ist, liegt im Folgenden der Schwerpunkt auf der Untersuchung möglicher thematischer Schwerpunkte in der Berichterstattung einzelner Medien. Tabelle 6 zeigt die Hauptthemen in der Grundeinkommensdebatte der jeweiligen Medien.

<b>Konservativ</b>	<b>Konservativ-liberal</b>	<b>Links-liberal (Mitte)</b>	<b>Links</b>	<b>Boulevard</b>
Die Welt	FAZ	Zeitonline SPON	Taz	Bild.de
Arbeitsanreize	Finanzierbarkeit	Arbeitsanreize Systemwechsel	Systemwechsel	Finanzierbarkeit

**Tabelle 6: Hauptthemen innerhalb der medialen Grundeinkommensdebatte**

So liegt in der Tageszeitung „Die Welt“ der Themenschwerpunkt auf dem Bereich Arbeitsanreize, also der Debatte, ob Menschen bei bedingungslosen Zah-

lungen noch aktiv einer Erwerbstätigkeit nachgehen (vgl. Schulz, Die Welt, 03.11.2007; Straubhaar, Die Welt, 10.03.2010). Die „FAZ“ konzentriert sich in ihren Artikeln über das Grundeinkommen auf die Finanzierbarkeit, wobei im Besonderen werden das fehlende Finanzierungsmodell (vgl. Plickert, FAZ, 01.11.2010) sowie die Zweifel an einer Finanzierung im Allgemeinen geäußert werden (vgl. Göbel, FAZ, 15.11.2006; Lehnartz, FAZ, 02.12.2007; Krohn, FAZ, 12.06.2009). „Zeitonline“ legt den thematischen Fokus ebenfalls am häufigsten auf die Arbeitsanreize bezüglich der Frage, ob Menschen im Falle von bedingungslosen Zahlungen noch aktiv am Arbeitsleben teilhaben (vgl. Rudzio, Zeitonline, 12.04.2007). Die Dimension des Systemwechsels dominiert die Berichterstattung von „Spiegel Online“, besonders im Hinblick auf eine Umstrukturierung des bisherigen Sozialsystems und die gerechtere Gestaltung desselbigen (vgl. Kröger, SPON, 30.11.2005; Schneider, SPON, 22.04.2007; Althaus, SPON, 26.04.2007). Auch die „Taz“ beschäftigt sich eingehend mit dem Kriterium des Systemwechsels bezüglich des heutigen Sozialsystems und den Folgen einer Umstrukturierung (vgl. Lang-Lendorff, taz 24.11.2007; Werdermann, taz, 24.10.2008; Scheper, taz, 21.04.2011; Greffrath, taz, 27.04.2011). Auf „Bild.de“ wird am häufigsten über die Finanzierbarkeit bei Einführung eines Grundeinkommens berichtet, besonders in Hinblick auf eine finanzielle Realisierung des Althaus-Modells.

#### 4.3 Zusätzliche Kriterien

Die gesamte Diskursanalyse stützt sich auf den im Kapitel 2 entwickelten Kriterienkatalog bezüglich des wissenschaftlichen Diskurses. Dabei kam es zu Überschneidungen bezüglich der Hauptkriterien innerhalb der medialen Debatte. Während der Analyse wurde jedoch deutlich, dass noch weitere Themen im Fokus des medialen Diskurses stehen, welche von der Wissenschaft nicht in diesem Maße abgedeckt werden. Dabei handelt es sich zwar nicht um Diskurschwerpunkte, aber um zusätzliche Kriterien<sup>24</sup>:

- (3.3) Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands würde durch die Einführung eines Grundeinkommens massiv steigen (*Hauptkriterium: Arbeitsanreize*).

---

<sup>24</sup> Die Ziffern stehen für die jeweilige Unterordnung der ursprünglichen Hauptkriterien.



- (4.3) Grundeinkommensmodelle sind keine Utopie, sondern eine uralte Idee (*Hauptkriterium: Menschenbild*).
- (6.4) Ein Grundeinkommen dämmt Armut ein (*Hauptkriterium: Systemwechsel*).
- (8.2) Eine Bedürftigkeitsprüfung der Betroffenen ist nötig, da Grundeinkommenszahlungen sonst ungerecht sind (*Hauptkriterium: Bedürftigkeit*).

Die Wettbewerbsfähigkeit bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Entlastung der Arbeitgeber aufgrund der Möglichkeit, niedrigere Löhne im Falle eines Grundeinkommens zu entrichten. Zudem erfolgt eine weitere Entlastung durch die Beschränkung auf eine Lohnsummensteuer für den Arbeitgeber im Althaus-Modell. Dies würde die Wettbewerbs- und Investitionskraft in Deutschland und im Ausland nachhaltig stärken (vgl. Kröger, SPON, 30.11.2005; Rudzio, Zeitonline, 12.04.2007; Mufson, taz, 07.07.2009; Jäckel, Bild.de, 11.11.2010).

Den Überlegungen zum Grundeinkommen wird oftmals Realitätsferne im Sinne von utopischen Vorstellungen bescheinigt. Dies ist auch im medialen Diskurs der vorliegenden Artikel der Fall. So ist in diesem Zusammenhang von einer „soziale[n] Utopie“ (Krohn, FAZ, 12.06.2009) die Rede oder von Utopie im Allgemeinen (vgl. Rudzio, Zeitonline, 12.04.2007; Krohn, FAZ, 12.06.2009; Plickert, FAZ, 01.11.2010). Auch werden Grundeinkommensmodelle einerseits als „uralte Menschheitstr[ä]um[e]“ (Rudzio, Zeitonline, 12.04.2007), andererseits aber als realitätsfern (vgl. Bongartz, taz, 07.07.2009) und als eine „Schlaraffenlandvorstellung“ (Greffrath, taz, 27.04.2011) bezeichnet.

Weitere Argumente sprechen von einem direkten Zusammenhang zwischen dem Rückgang von Armut und Grundeinkommenszahlungen. So werden Äußerungen zu positiven Effekten, die daraus abgeleitet werden könnten (vgl. o.V., Bild.de, 03.05.2008; Mufson, taz, 07.07.2009; Straubhaar, Die Welt, 10.03.2010;) laut. Es gibt jedoch auch Stimmen, die den Grundeinkommensmodellen gerade das Gegenteil bescheinigen, nämlich eine stärkere Verarmung der Bevölkerung (vgl. Schneider, SPON, 22.04.2007; Werdermann, taz, 24.10.2008).

Die Bedingungslosigkeit der Grundeinkommenszahlung steht oftmals im Zentrum der Diskussion. Denn bisher werden fast alle Sozialleistungen entsprechend einer nachweislichen Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt. Der Hintergrund für eine fehlende Bedürftigkeitsprüfung ergibt sich oftmals in der Argumentation, einen Großteil des tatsächlich bedürftigen Personenkreises – aus welchen Gründen auch immer – nicht identifizieren zu können (vgl. Rudzio, Zeitonline, 12.04.2007; Althaus, SPON, 26.04.2007). Zusätzlich mache die „Betreuungsbürokratie“ (Koch und Winkelmann, taz, 25.09.2006) den „Menschen zum Almosenempfänger“ (Kröger, SPON, 30.11.2005), daher sollte allen Bürgern ein Grundeinkommen zukommen (vgl. Martin, Bild.de, 27.03.2007). Dies wird besonders in der Politik oftmals mit Skepsis gesehen (vgl. Eubel, 07.10.2009).

#### 4.4 Besonderheiten

In diesem Abschnitt werden zusätzliche Beobachtungen genannt, die während der Medienrecherche gemacht wurden.

So ist zu erwähnen, dass die „Taz“ mit insgesamt 41 Artikeln im gesamten Untersuchungszeitraum, überdurchschnittlich häufiger sowohl über das Werner- als auch über das Althaus-Modell berichtet als die übrigen konservativeren Medien wie „Die Welt“, die „FAZ“, „Zeitonline“, „Spiegel Online“ und „Bild.de“ (siehe Abbildung 1).

Weiter ergibt sich eine Auffälligkeit in der Berichterstattung von „Bild.de“. Dieses Medium überrascht mit besonders wertfreier Auseinandersetzung mit dem Althaus-Modell. Artikel, welche das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens von Werner beinhalten, finden sich bei „Bild.de“ jedoch nicht, was sehr verwunderlich ist.

Abschließend ist festzuhalten, dass Werner mit seiner Idee des bedingungslosen Grundeinkommens – innerhalb der gesamten Artikel – überproportional häufiger im Zentrum steht als Althaus und sein Konzept des solidarischen Bürgergeldes (siehe Abbildung 1).

#### 4.5 Zusammenfassung Ergebnisse

So können abschließend folgende Ergebnisse (E) festgehalten werden:

- E1:** *Über die Thematik des Menschenbildes wird, bezogen auf das Werner-Modell, in der „FAZ“ eher kritisch und auf „Spiegel Online“ eher zustimmend berichtet.*
- E2:** *Bezogen auf das Althaus-Modell ist eine kritische Berichterstattung der „FAZ“ über Finanzierbarkeit und der „Taz“ über Arbeitsanreize zu beobachten. Zustimmend berichtet „Die Welt“ über Arbeitsanreize und „Bild.de“ über Systemwechsel.*
- E3:** *Über Werner wird insgesamt minimal kritischer als positiv berichtet, über Althaus wertfrei. Innerhalb aller analyserelevanten Artikel wird häufiger über Althaus und sein Modell berichtet als über Werner. Bei Betrachtung sämtlicher Artikel innerhalb des Untersuchungszeitraums dominiert die Berichterstattung über Werner.*
- E4:** *Bezüglich der gesamten Berichterstattung über das Grundeinkommen berichten „FAZ“, „Zeitonline“ und „Taz“ eher kritisch über den Bereich Finanzierbarkeit und „Spiegel Online“ eher positiv über das Thema Menschenbild.*
- E5:** *Insgesamt bezogen auf die beiden Grundeinkommensmodelle berichten die Medien „FAZ“ und „Taz“ eher kritisch, „Die Welt“ und „Spiegel Online“ eher positiv und „Zeitonline“ und „Bild.de“ eher wertfrei.*
- E6:** *Insgesamt wird eher objektiv über die beiden Grundeinkommensmodelle berichtet, was die Ausgewogenheit an zustimmender und kritischer Berichterstattung verdeutlicht.*
- E7:** *Hauptthemen der Grundeinkommensdebatte sind Finanzierbarkeit („FAZ“, „Die Welt“, „Bild.de“), Systemwechsel („Spiegel Online“, „Taz“) und Arbeitsanreize („Zeitonline“).*
- E8:** *Zusätzliche Kriterien, die sich die durch Medienanalyse ergeben sind Wettbewerbsfähigkeit, Utopie, Armut, Bedürftigkeitsprüfung. Diese finden im wissenschaftlichen Diskurs keine Beachtung.*
- E9:** *Überproportional hohe Berichterstattung der „Taz“ über Grundeinkommensmodelle gegenüber konservativeren Medien.*
- E10:** *Insgesamt eher wertfreie Berichterstattung durch „Bild.de“.*

## 5. Interpretation und Schlussbemerkungen

Im Interpretationsteil werden im Folgenden Erklärungen, Verständnis und Deutungen für die im vorherigen Kapitel identifizierten Ergebnisse dargestellt. Dabei steht die Beantwortung der Forschungsfrage im Zentrum dieses Kapitels.

### 5.1 Interpretation der Ergebnisse

Zu untersuchen war in der vorliegenden Arbeit, ob die politische Ausrichtung von deutschen Print- und Online-Medien eine Auswirkung auf deren Berichterstattung über Grundeinkommensmodelle hat. Wie die Ergebnisse gezeigt haben, gibt es hier keine eindeutige Antwort. Vielmehr muss die Frage differenzierter betrachtet werden. Es ergeben sich aus der Analyse heraus verschiedene Tendenzen, welche einerseits einen direkten Zusammenhang zwischen politischer Ausrichtung und Berichterstattung verneinen, sich andererseits jedoch auch bejahen lassen.

Wenn man zunächst die Art der Berichterstattung betrachtet, die sich auf die Häufigkeit von unterstützenden oder kritischen Argumenten zu den jeweiligen Kriterien konzentriert, so können gewisse Auffälligkeiten identifiziert werden, wie sie in den Ergebnissen 1 bis 5 geschildert werden. Diese Ergebnisse befassen sich mit der Wertung innerhalb der Berichterstattung, also inwiefern über die Thematik Grundeinkommen eher kritisch, zustimmend oder wertfrei berichtet wird. So können in diesem Zusammenhang Tendenzen der Art der Berichterstattung der Medien über gewisse Dimensionen des Kriterienkataloges (vgl. E1, E2, E4), der Medien als Ganzes (vgl. E5) oder auch bezüglich der einzelnen Modelle (E3) festgestellt werden. Diese Ergebnisse beschreiben eine kritische Auseinandersetzung mit der kontroversen Thematik Grundeinkommen. Denn wenn beispielsweise die „FAZ“, „Zeitonline“ oder die „Taz“ kritisch mit dem Kriterium der Finanzierbarkeit des Grundeinkommens nach Werner bezüglich eines fehlenden Finanzierungsmodells umgehen (vgl. Rudzio, Zeitonline, 12.04.2007; Plickert, FAZ, 01.11.2010; Scheper, taz, 21.04.2011), die „Taz“ die Gedanken zu den Arbeitsanreizen im Althaus-Modell kritisiert (vgl. Koch und Winkelmann, taz, 25.09.2006; Koch, taz, 25.10.2006; Lang-Lendorff, taz, 26.11.2007; Mufson, taz, 07.07.2009) oder „Spiegel Online“ die Auffassung des

Menschenbildes der beiden Grundeinkommensmodelle unterstützt (vgl. Kröger, Spiegel Online, 30.11.2005; Amann, Spiegel Online, 15.06.2008), so zeugt dies von einer kritischen und objektiven Auseinandersetzung mit dem kontrovers diskutierten Thema Grundeinkommen. Ein Einfluss der politischen Ausrichtung des jeweiligen Mediums auf die konkrete Art der Berichterstattung lässt sich hier nicht erkennen. Das macht sich zusätzlich daran bemerkbar, dass bei der gemeinsamen Betrachtung beider Grundeinkommensmodelle von einer wertfreien Berichterstattung gesprochen werden kann (vgl. E6). Betrachtet man das Althaus- und das Werner-Modell getrennt voneinander, so ergeben sich Tendenzen der Wertfreiheit in der Berichterstattung in Hinblick auf Althaus und der eher kritischen Auseinandersetzung mit dem Werner'schen Modell (vgl. E3). Kritische Stimmen werden besonders bei der „FAZ“ und der „Taz“ in den Bereichen Finanzierbarkeit (vgl. Plickert, FAZ, 01.11.2010; Scheper, taz, 21.04.2011; Greffrath, taz, 27.04.2011), Menschenbild (vgl. Göbel, FAZ, 15.11.2006; Plickert, FAZ, 01.11.2010) und Systemwechsel (vgl. Lang-Lendorff, taz, 24.11.2007; Werdermann, taz, 24.10.2008; Scheper, taz, 21.04.2011) laut. Dies wird ebenfalls in Zusammenhang mit einer objektiven und kritischen Auseinandersetzung gebracht, jedoch nicht mit einer politischen Motivation. Die relativ ausgewogene Auswahl an aktiven Akteuren innerhalb der medialen Debatte unterstreicht die Objektivität der Berichterstattung über Grundeinkommensmodelle.

Während eine Auswirkung der politischen Ausrichtung der Medien auf deren Berichterstattung bezüglich der Grundeinkommenskonzepte im ersten Teil der Interpretation ausgeschlossen wurde, fokussiert sich der zweite Teil auf die Themenauswahl. So werden, wie bereits erwähnt, gewisse Auffälligkeiten in der Art der Berichterstattung festgestellt, die jedoch in keinem Zusammenhang zur politischen Ausrichtung der Medien gebracht werden können. Zusätzlich konzentrieren sich manche Medien auf gewisse Themen, die wiederholt im Zentrum ihrer Grundeinkommensdebatte stehen (vgl. E7). Am deutlichsten wird diese Beobachtung bei der politisch links eingeordneten „Taz“, die sich eingehend mit dem Thema Systemwechsel befasst. Thematische Schwerpunkte bilden hier besonders die Auseinandersetzung mit dem heutigen Sozialsystem,

dessen Gerechtigkeit und das Sozialempfinden (vgl. Lang-Lendorff, taz, 24.11.2007; Greffrath, taz, 27.04.2011). Weiter beschäftigt sich die konservativ-liberale „FAZ“ hauptsächlich mit der Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens, im Besonderen im Hinblick auf potentielle finanzielle Mehraufwendungen des Staates gemeinsam mit dem Bezug auf verschiedene Finanzierungsuntersuchungen bezüglich des Althaus-Modells (vgl. Göbel, FAZ, 15.11.2006; Lehartz, FAZ, 02.12.2007; Krohn, FAZ, 12.06.2009) und einem fehlenden Finanzierungsmodell für das Werner'sche Konzept (vgl. Plickert, FAZ, 01.11.2010). Schließlich konzentriert sich die liberale „Zeitonline“ auf die Thematik der Arbeitsanreize in Hinblick auf die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bei Grundeinkommenszahlungen (vgl. Rudzio, Zeitonline, 22.04.2007).  
 Es ist festgestellt worden, dass die politisch links eingeordnete „Taz“ ihren thematischen Schwerpunkt auf den des Systemwechsels und der Auseinandersetzung mit demselbigen legt. Dies entspricht weitgehend ihrem Selbstverständnis, versteht sie sich doch als Medium, das sich für soziale Gerechtigkeit (vgl. Tageszeitung, Wir über uns. taz über die Tageszeitung) einsetzt. Weiter wird ersichtlich, dass die konservativ-liberale „FAZ“ vielmehr einen Schwerpunkt auf die finanzpolitische Komponente des Grundeinkommens legt. Auch dies entspricht ihrem persönlichen wirtschaftspolitischen Fokus. Schließlich folgt die Konzentration auf die Thematik der Arbeitsanreize durch „Zeitonline“, was der Ausrichtung des links-liberalen Mediums entspricht (vgl. Die Zeit, Die ersten Jahre). So kann in diesem Hinblick von einem Zusammenhang zwischen politischer Ausrichtung und der thematischen Schwerpunkte innerhalb der Berichterstattung über die beiden Grundeinkommensmodelle gesprochen werden. Denn der thematische Fokus in den einzelnen Medien lässt eine Zufälligkeit der Hauptthemen nicht vermuten. Wie Weischenberg bereits (2001, S. 25) sagt, liegt die Auswahl der Themen an Vorgaben, Normen und Regeln des Mediums, also der journalistischen Institution. Gerade bezüglich des Konsonanz-Faktors wird innerhalb dieser Analyse offensichtlich, dass dahingehend berichtet wird, welche Ausrichtung und Leserschaft das Medium aufweist. So kann abschließend in diesem Zusammenhang von einer Auswirkung der politischen Ausrichtung von Medien auf deren Berichterstattung über Grundeinkommensmodelle ausgegangen werden.

Bezüglich der zusätzlichen Kriterien, die sich durch den medialen Diskurs ergeben haben (vgl. E8), kann festgehalten werden, dass sich wissenschaftlicher und medialer Diskurs letztendlich doch unterscheiden. Denn Schwerpunkte, welche die Öffentlichkeit betreffen werden anders gesetzt als im rein wissenschaftlichen Diskurs. So sind Themen wie Armutsbekämpfung und auch Bedürftigkeitsprüfung von Sozialleistungen eher praxisorientiert und lebensnäher zu verstehen, so dass diese im wissenschaftlichen Diskurs womöglich nicht in dieser Dichte thematisiert werden.

Abschließend wird auf die Artikeldichte im Allgemeinen eingegangen. So wurde bereits festgestellt, dass bei der Betrachtung des gesamten Untersuchungszeitraums der Medienrecherche, Werner häufiger Gegenstand der Berichterstattung ist als Althaus (vgl. E3). Dies kann einerseits damit erklärt werden, dass Werner sein Grundeinkommensmodell etwa ein Jahr früher der Öffentlichkeit zugänglich machte und sich daher ein medialer Vorsprung ergibt. Andererseits muss Althaus' Rücktritt vom Ministerpräsidentenposten im September 2009 in Betracht gezogen werden. Denn die Medienpräsenz seines Bürgergeld-Konzeptes steht in direktem Zusammenhang mit seiner politischen Stellung. Dadurch, dass das Modell innerhalb der CDU zum Gespräch wurde und eine sogenannte *Kommission Solidarisches Bürgergeld* gegründet wurde, um die Idee zu diskutieren, war der Nachrichtenfaktor der Prominenz und Personalisierung in besonderem Maße gegeben. Das Ende seiner politischen Karriere läutete auch das Ende seiner Erwähnungen in Artikeln bezüglich des Grundeinkommens ein: Nur noch vereinzelt wird nach dem September 2009 über Althaus und sein Modell berichtet. Werner andererseits verkörpert den Faktor Prominenz und Personalisierung im Besonderen. Der Unternehmer, der für den sozialen Umgang mit seinen Mitarbeitern bekannt ist, besucht kontinuierlich Städte und Gemeinden in ganz Deutschland, um seine Grundeinkommensidee zu verbreiten (vgl. Christ, Zeitonline, 08.03.2007). Überdies schrieb er in den vergangenen vier Jahren zwei Bücher zu diesem Thema, deren Inhalte überregional kontrovers diskutiert werden. All diese Eigenschaften verschaffen Werner mediales Gehör und erklären seine mediale Präsenz.

Bei der Beschränkung der Betrachtung auf die 26 analyserelevanten Artikel jedoch, ist gerade das Gegenteil der Fall: Althaus überwiegt in der Berichterstattung. Dies mag besonders an den Auswahlkriterien liegen (siehe Kapitel 2.3.2). In diesem Fall überwiegen Althaus-Nennungen. Dies hängt offenbar mit seiner bereits erwähnten politischen Stellung bis zum September des Jahres 2009 und der intensiven Beschäftigung mit dem Bürgergeld-Konzept zusammen.

Eine überproportional häufige Berichterstattung der „Taz“ im gesamten Untersuchungszeitraum zu den beiden Grundeinkommensmodellen ist besonders bezeichnend. Denn während sich die „Taz“ mit der Thematik in 41 Artikeln befasst, schreiben „FAZ“ und „Zeitonline“ nur in jeweils 10 Artikeln darüber. Das bedeutet, dass der linke politische Flügel vertreten durch die „Taz“ überdurchschnittlich häufiger über das Grundeinkommen im Bezug auf Werner oder Althaus berichtet als konservativere Medien. Davon kann abgeleitet werden, dass das Grundeinkommensthema, das generell als eher ‚linkes‘ Thema verortet werden kann – durch seine Gedanken zu sozialer Gerechtigkeit sowie einer Sozialreform – dadurch eine höhere Relevanz in linken Medien wie der „Taz“ zukommt. Auch hier wird ein Einfluss auf die Berichterstattung anhand der politischen Ausrichtung von Medien deutlich, besonders in Hinblick auf den Nachrichtenfaktor Konsonanz, der sich auf die eigene Leserschaft bezieht.

Als letzter Punkt soll die Berichterstattung von „Bild.de“ erwähnt werden. Entgegen der Annahmen über die Berichterstattung dieses Boulevard-Mediums zu Beginn der Analyse, kann ihm Wertfreiheit bescheinigt werden. Zum einen beschränken sich die Artikel auf das Althaus-Modell. Das bedingungslose Grundeinkommen nach Werner wird – trotz Aussparung des 400 Wörter-Auswahlkriteriums – in keiner besonderen Weise eingehender betrachtet. Zum anderen fokussieren sich die ohnehin wenigen Artikel zum Althaus-Modell auf die Beschreibung der einzelnen Kriterien ohne konkret Stellung in irgendeiner Weise dazu zu beziehen. Dies erfolgt entweder durch kurze wertfreie Auflistungen des Konzeptes oder durch Interviews mit Althaus selbst, in denen er sich aber bezüglich Bewertungen zurückhält. Die Gründe für diese Art der Berichterstattung können nur vermutet werden: So stellt das Grundeinkommen womöglich ein zu dichtes Thema dar, um sich ihm in der für dieses Medium üblichen



Kürzer zu widmen und seine Kontroverse darzulegen. Denn eine polarisierende Thematik wie der des Grundeinkommens wäre eigentlich in seiner Form prädestiniert dafür, um von Boulevardmedien verarbeitet zu werden.

Abschließend kann festgehalten werden, dass bezüglich der Bewertung der Grundeinkommensmodelle innerhalb der Berichterstattung der analyserelevanten Medien kein Einfluss der politischen Ausrichtung festgestellt werden kann. Jedoch wird im Hinblick auf die thematischen Schwerpunkte der Medien zum Grundeinkommen der Einfluss ihrer politischen Orientierung deutlich. Bestes übergreifendes Beispiel ist hierbei die überproportional häufige Berichterstattung der „Taz“ über Grundeinkommensmodelle im Gegensatz zu konservativeren Medien. Hier zeichnet sich deutlich der Einfluss der politischen Ausrichtung des Mediums auf seine Themenwahl ab. Des Weiteren wird die Bedeutung von Personalisierung und Prominenz in der Medienberichterstattung deutlich. Themen, die mit einer konkreten Person, sei es aufgrund einer Stellung als Ministerpräsident oder als sozialer Unternehmer, in Verbindung gebracht werden, besitzen eine höhere Medienrelevanz. Überdies wird der thematische Unterschied zwischen wissenschaftlichem und medial-öffentlichem Diskurs deutlich. Schließlich besitzen einige dichtere Themen offenbar kein Potential, um in Boulevard-Medien Anklang zu finden.

## 5.2 Einschränkungen für die vorliegende Analyse

Wie für jede wissenschaftliche Untersuchung, muss auch für die Ergebnisse der vorliegenden Analyse auf einige Einschränkungen hingewiesen werden.

Bezüglich der Methodik wird zunächst angemerkt, dass die Durchführung der Diskursanalyse insgesamt, besonders in Hinblick auf die Codierung, von der Auffassung der Verfasserin im Hinblick auf ihren politik- und verwaltungswissenschaftlichen Hintergrund dieser Arbeit geprägt ist. Dies liegt jedoch in der Natur der Diskursanalyse, die von der qualitativen und interpretativen Umsetzung lebt (vgl. Hitzler und Honer 1997, S. 23 f.).

Da die Analyse lediglich auf einem Datensatz von 26 Titeln beruht, stellt sich außerdem die Frage der Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse. Aufgrund der qualitativen Methode der Diskursanalyse, die verwendet wurde, erfüllten jedoch

zahlreiche Artikel die definierten Auswahlkriterien nicht. Diese Kriterien wurden vorab aufgestellt, um eine Untersuchung auf Grundlage von Berichten mit einer hohen Informationsdichte bezüglich der beiden Grundeinkommensmodelle zu gewährleisten.

Des Weiteren wäre eine Erweiterung der Stichwortsuche innerhalb der Medienrecherche sinnvoll, wenn der Datensatz erweitert werden sollte. Gerade im Hinblick auf die *Kommission Solidarisches Bürgergeld*, die eine modifizierte Version des Althaus-Modells erarbeitete. Denn womöglich wurden Berichte über diese Thematik nicht mit in die Analyse eingeschlossen, da in diesem Zusammenhang Althaus nicht notwendigerweise erwähnt wird. So beschränkt sich die vorliegende Analyse bezüglich des Althaus-Modells maßgeblich auf das ursprüngliche Konzept.

Überdies beschränkt sich die Untersuchung auf sechs ausgewählte Medien, die aufgrund ihrer ausgeprägten Datenbanken von Artikeln ausgewählt wurden. Um ein noch umfassenderes Ergebnis zu erhalten, müsste die Anzahl der Medien erhöht werden. Möglicherweise sollte dabei der Fokus auch auf regionale Medien gelegt werden.

Schließlich muss die Ausgestaltung des Kriterienkataloges kritisch betrachtet werden. Dieser könnte wahlweise dezimiert oder um weitere Kategorien erweitert werden. Somit verlagerten sich die Schwerpunkte der Analyse und würde somit möglicherweise zu abweichenden Ergebnissen führen.

### 5.3 Ausblick

Im weiteren Verlauf der Grundeinkommensdebatte wird sich die Verfolgung der Medienberichterstattung über die beiden Modelle sicherlich als interessant gestalten. Denn in beiden Fällen handelt es sich um sehr junge Konzepte, weswegen in der vorliegenden Arbeit lediglich eine Konzentration auf die Berichterstattung der vergangenen sechs Jahre gelegt werden konnte. Gerade in Bezug auf den Rücktritt von Althaus ist es aufschlussreich den weiteren medialen Verlauf zu beobachten. Das Werner-Modell ist nach wie vor aktuell, nicht zuletzt

durch die Debatte vor dem Petitionsausschuss im November 2010<sup>25</sup>. Wie sich die langfristige Kommunikation gestaltet, wird sich zeigen.

Für die weitere Forschung wäre es interessant, sich auf die Themenschwerpunkte und die politische Ausrichtung der Medien zu fokussieren. Denn gerade dieser Bereich scheint ein Ansatzpunkt für gezielte Kommunikation zu sein. In diesem Rahmen ließe sich möglicherweise auch die Frage nach einer konkreten Kommunikationsstrategie erforschen, um Grundeinkommensthemen noch mehr in die öffentliche Debatte zu manövrieren. Besonders aktuelle Kommunikationskanäle wie das Internet, welche unter anderem die Möglichkeiten durch Social Media einbeziehen, könnten Inhalte einer solchen Untersuchung sein. Eine rein quantitative Analyse der Berichterstattung über Grundeinkommensmodelle würde zudem die mediale Präsenz der Thematik aufzeigen und somit ein Fundament für gezielte Kommunikation bilden.

In diesem Zusammenhang sollte auch die regionale Berichterstattung, besonders in Verbindung mit Werner und seinen Besuchen in deutschen Städten und Gemeinden, untersucht werden. Denn gerade in diesem Rahmen findet Werners Idee Aufmerksamkeit und Anklang. Jedoch möglicherweise anhand anderer Kriterienswerpunkte als den in der vorliegenden Arbeit genannten.

Weiter bietet ein direkter Vergleich der Hauptthemen zwischen wissenschaftlichem und medialem Diskurs Forschungsraum. Gerade die wissenschaftliche Aufarbeitung im Vergleich zu Themen, die im Fokus der öffentlichen Debatte stehen, setzen offenbar unterschiedliche Akzente in der Grundeinkommensdebatte.

So wird abschließend deutlich, dass die Grundeinkommensdebatte in Medien aller Couleur diskutiert wird und damit eine gesamtgesellschaftliche Dimension annimmt. Daher wird es in Zukunft mit Sicherheit Raum für weiterentwickelte Ideen und Modelle geben, welche wissenschaftlich untersucht werden. Die mediale Präsenz ist ihnen dabei in jedem Fall sicher.

---

<sup>25</sup> Die Petentin Wiest vertrat dort ein Modell ähnlich dem von Werner. Die Initiative Unternimm-die-Zukunft unterstützt ihre Forderungen (vgl. Initiative Unternimm-die-zukunft).

